

Bauernbund Brandenburg

Liebe Berufskollegen,

Höhepunkt unseres Verbandslebens war die Hauptversammlung am 8. Februar in Belzig, in Verbindung mit dem Bauerntag des Deutschen Bauernbundes. Dass der zweithöchste Agrarpolitiker der Europäischen Union auf unserer Veranstaltung war, am Abend vorher mit uns diskutiert und am Nachmittag noch zwei schöne Mitgliedsbetriebe besucht hat, bevor er Richtung Brüssel abhob, zeigt, dass wir inzwischen auf europäischer Ebene Einfluss nehmen.

Auch in Brandenburg haben wir durch unsere Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere mit der CDU und den Bündnisgrünen, an Gewicht gewonnen. Mit der CDU hat erstmals eine große Partei im Land wichtige Themen von uns aufgegriffen und ein starkes Agrarprogramm vorgelegt. Leitbild der CDU ist die bäuerliche Landwirtschaft – eine echte Alternative zum Loblied der Großstrukturen, das unsere Landesregierung nach wie vor singt.

Die Gastronomie in Belzig war nicht optimal, auch das wurde mehrfach angesprochen. Wir haben daraus gelernt und versprechen: Im nächsten Jahr sind wir auf jeden Fall wieder in Falkenrehde!

Karsten Jennerjahn, Präsident

Pressemitteilung 9. Februar 2011 Nebenerwerbslandwirte schließen sich dem Bauernbund an

Der brandenburgische Landesverband der Nebenerwerbslandwirte hat sich dem Bauernbund Brandenburg angeschlossen. Die aktiven Mitglieder beschlossen am Wochenende einstimmig, die Vereinsarbeit bis auf weiteres ruhen zu lassen, und sind persönlich dem Bauernbund beigetreten. Dieser wiederum wählte auf seiner gestrigen Mitgliederversammlung in Bad Belzig den 54-jährigen Nebenerwerbslandwirt Lutz-Uwe Kahn aus Kleßen (Havelland) in seinen Landesvorstand.

“In allen agrarpolitischen Fragen haben wir dieselben Ziele, deshalb war es konsequent, dass wir zusammengehen”, begründete Kahn den Schritt und zeigte sich überzeugt davon, dass die Interessen der Nebenerwerbslandwirte im Bauernbund gut aufgehoben sind. “Wir haben nie einen Unterschied zwischen Haupt- und Nebenerwerb gemacht. Egal wie groß – wer sich als freier Bauer fühlt, gehört zu uns”, freute sich Bauernbund-Vizepräsident Bringfried Wolter aus Willmersdorf (Barnim) über den Zuwachs.

Der Bauernbund hat damit 330 Mitglieder und ist die einzige Organisation im Land, die ausschließlich die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe vertritt.

Neu im Landesvorstand: Lutz-Uwe Kahn, gelernter Industriekaufmann und studierter Informatiker, arbeitet im öffentlichen Dienst und bewirtschaftet nach Feierabend mit seiner Familie einen 10-Hektar-Betrieb mit Mutterkuhhaltung und Speisekartoffelproduktion in Kleßen im Havelland



CDU Brandenburg unterstützt Bauernbund-Positionen nach Förderung ortsansässiger Landwirte und betrieblichen Obergrenzen



Vorstellung des CDU-Positionspapiers am 14. Januar in Saarmund, von links nach rechts: Heiko Terno (Vizepräsident des Landesbauernverbandes), Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbundes), Saskia Ludwig (CDU-Vorsitzende), Dieter Dombrowski (CDU-Generalsekretär und agrarpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion), Björn Lakenmacher (Landtagsabgeordneter), Hans-Georg von der Marwitz (Bundestagsabgeordneter). Foto: Hanke

In ihrem Positionspapier „Starke Landwirtschaft – Starkes Brandenburg“ bekennt sich die CDU Brandenburg zu einer bäuerlichen Landwirtschaft und unterstützt langjährige Forderungen des Bauernbundes Brandenburg. Kernpunkte des Programms sind etwa die Deckelung der Agrarsubventionen sowie ihre Koppelung an die Bedingung, dass sich der Betrieb im Eigentum ortsansässiger Landwirte befindet. Auch die BVVG-Flächen sollen nach dem Willen der Christdemokraten künftig ausschließlich an ortsansässige Landwirte veräußert werden, in Ausschreibungslosen von maximal zehn Hektar und mit einer Obergrenze von hundert Hektar pro Landwirt.

Das Positionspapier wurde im Fachausschuss Landwirtschaft der CDU Brandenburg erarbeitet unter Leitung unseres Mitglieds Hans-Georg von der Marwitz. Bei der Pressevorstellung am 14. Januar in Saarmund (Potsdam-Mittelmark) sprach die brandenburgische CDU-Vorsitzende Saskia Ludwig von einem „Paradigmenwechsel“, der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dieter Dombrowski stellte klar, die CDU wolle ausdrücklich diejenigen Landwirte stärken, die „in Brandenburgs Dörfern leben und arbeiten, investieren, konsumieren und sich engagieren.“

Gleich nach der Grünen Woche begann der Bauernverband mit seiner Gegenoffensive, versuchte massiv auf Kreisebene auf die lokalen CDU-Gliederungen, Landtags- und Kreistagsabgeordneten Einfluss zu nehmen. Vor allem die Obergrenzen sind ihm ein Dorn im Auge. Dagegen wird in Diskussionen mit LPG-Vorsitzenden deutlich, dass die CDU mit ihren Maßnahmen gegen Investoren auch bei Bauernverbands-Mitgliedern punkten kann. Derzeit ziehen die Christdemokraten mit neun Dialogveranstaltungen über Land, auf denen das Positionspapier vorgestellt wird. Die Bauernbund-Mitglieder aus der betreffenden Region werden dazu regelmäßig eingeladen.

Das Positionspapier der CDU wurde allen Mitgliedern per Post zugesandt, weitere Exemplare können bestellt werden über Telefon (038791) 80200 oder E-Mail jung@bauernbund-brandenburg.de.

Bauernbund Brandenburg zum Vorschlag der Europäischen Kommission 2010-672/5 „Die Gemeinsame Agrarpolitik 2014 – 2020“

Der Bauernbund Brandenburg hatte angekündigt, nach einer ersten Bewertung im November detailliert zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission für die Gemeinsame EU-Agrarpolitik 2014 - 2020 Stellung beziehen zu wollen. Der Vorstand des Bauernbundes Brandenburg hat sich intensiv mit dem Kommissionspapier auseinandergesetzt. Unsere Position wurde allen Politikern auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zugesandt, zu denen wir Kontakt haben.

1.) Produktion absichern

Wir begrüßen die flächengebundene Basis-Direktzahlung als Grundsicherung für alle Landwirte. Als Ausgleich für die hohen sozialen und ökologischen Standards in der Europäischen Union und die daraus resultierenden Wettbewerbsnachteile europäischer Landwirte auf dem Weltmarkt für Agrarrohstoffe sichert diese die Produktion zunächst einmal grundsätzlich ab.

Wir möchten ein möglichst einfaches System. Die flächengebundene Basis-Direktzahlung hat, indem jede Fläche unabhängig von ihrem Ertragswert gleich behandelt wird, bereits eine ausgleichende Funktion zwischen Gunststandorten und durch die Natur benachteiligten Gebieten. Ebenso stellt sie eine Risikoabsicherung gegen Marktschwankungen und Witterungsextreme dar. Wenn sie finanziell ausreichend ausgestattet wird, würden damit entsprechende Überlegungen in dem Kommissionspapier überflüssig.

Die Fläche ist ein einfacher, nachvollziehbarer Maßstab für die Basis-Direktzahlung. Als zu kompliziert und darüber hinaus nicht marktgerecht beurteilen wir das System übertragbarer Ansprüche. Die bisherige Praxis mit handelbaren Zahlungsansprüchen, basierend auf der Produktionsstruktur von 2005, benachteiligt Neugründungen und wachsende Betriebe. Ihre Fortsetzung oder die Neudefinition von Besitzrechten auf der Basis von 2013 würde den Strukturwandel hin zu leistungsfähigen Einheiten weiter behindern.

2.) Aktive Landwirte fördern

Angesichts der rasant zunehmenden Entwicklung, dass Investoren mit außerlandwirtschaftlichem Kapital Flächen oder Betriebe kaufen und Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum herausaugen, ist es absolut richtig und notwendig, die Basis-Direktzahlung auf aktive Landwirte zu beschränken und Obergrenzen einzuziehen. Beide Instrumente schaffen den agrarpolitischen Rahmen dafür, dass sich eine bäuerliche Landwirtschaft, verwurzelt in europäischen Traditionen, nachhaltig und zukunftsfähig entfalten kann.

Die Beschränkung der Basis-Direktzahlung auf aktive Landwirte sollte dahingehend präzisiert werden, dass ausschließlich Betriebe beihilfeberechtigt sind, die sich zu 100 Prozent im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, also von natürlichen Personen, die den Beruf des Landwirts ausüben, ihren Hauptwohnsitz in maximal zehn Kilometer Umkreis zum Betriebssitz haben und nicht an weiteren beihilfeberechtigten Betrieben beteiligt sind.

Die Obergrenze sollte, bezogen auf die Fläche, sinnvoll so festgelegt werden, dass möglichst wenige von aktiven Landwirten bewirtschaftete Betriebe davon betroffen sind und diesen die Möglichkeit gegeben wird, sich durch Umstrukturierung anzupassen. Nicht zielführend ist hingegen die erwogene Aufweichung der Obergrenze durch die Berücksichtigung von Arbeitskräften. Hier stellt sich u. a. die Frage, in welcher Form unter Tariflohn bezahlte Arbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Saisonkräfte und mithelfende Familienangehörige angerechnet und wie landwirtschaftliche und landwirtschaftsfremde Arbeitskräfte desselben Betriebes schlüssig auseinandergelassen werden sollen. Eine solche Regelung würde zu einer weiteren Ausdehnung der Bürokratie führen und Subventionsbetrug dennoch nicht verhindern können.

3.) Cross Compliance reformieren

In dem Kommissionspapier wird leider nicht das entscheidende Akzeptanzproblem von Cross Compliance angesprochen, nämlich die mit der Umkehrung der Beweislast verbundenen Dokumentationspflichten, die bereits zu einer gewaltigen Ausdehnung der Bürokratie geführt haben, die weder für den Landwirt noch für die Kontrollinstanz beherrschbar ist. Wir fordern eine grundsätzliche Reform von Cross Compliance dahingehend, dass nicht der Landwirt eine ordnungsgemäße Betriebsführung belegen, sondern umgekehrt die Kontrollinstanz Verstöße gegen geltendes Recht feststellen und anzeigen muss, die dann in der Höhe des verhängten Bußgeldes auch für die Basis-Direktzahlung relevant werden.

Ein solchermaßen reformiertes Cross Compliance muss natürlich offen sein für Änderungen und Ergänzungen des geltenden Rechts, wie sie etwa durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie anstehen. Fachlich begründete Kritik an der Wasserrahmenrichtlinie sollte, unabhängig von Cross Compliance, im Zuge des Umsetzungsverfahrens geäußert werden.

4.) Ökologische Leistungen honorieren

Für künftige Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume werden in dem Kommissionspapier als Leitthemen Umwelt, Klimawandel und Innovation genannt. Aus unserer Sicht haben bislang vor allem Agrarumweltprogramme auf freiwilliger Basis positive Auswirkungen für Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den ländlichen Räumen gebracht. Klimawandel und Innovation finden auch ohne staatliche Regulierung statt. Projektbezogene einzelbetriebliche Förderung in diesem Kontext führt zu Wettbewerbsverzerrungen, hat Mitnahmeeffekte oder gar Fehlinvestitionen zur Folge. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

Die Konzentration der Mittel für ländliche Entwicklung auf wenige, hoch wirksame Agrarumweltprogramme konnte die im Zusammenhang mit der Basis-Direktzahlung erwogene obligatorische Ökologisierungskomponente ersetzen. Hierfür schlagen wir einen Grün-Bonus vor, der europaweit als flächengebundene Förderung für Ökologischen Landbau, Dauergrünland, Ackergras und Leguminosen gezahlt wird, ergänzt um regionalspezifische Anreize zur Pflege von typischen Landschaftselementen, Anlage von Blühstreifen o. ä.

Der Verbund aus Basis-Direktzahlung (als Ausgleich für hohe soziale und ökologische Standards in der Europäischen Union) und Grün-Bonus (als Bezahlung für zusätzliche ökologische Leistungen) wäre ein einfaches, klares und faires System zur Unterstützung der europäischen Landwirtschaft, das nicht zuletzt dem Steuerzahler einleuchtend zu vermitteln ist.

Pure Besitzstandswahrung führt nicht weiter

Leserbrief unseres Mitglieds Torsten Gerloff in der Märkischen Allgemeinen vom 4. Dezember 2010

Die Vorschläge des EU-Agrarkommissars kann ich nur begrüßen. Warum sollte zum Beispiel ein Betrieb, der zehn Jahre hintereinander auf dem gleichen Feld Mais anbaut, auch noch für seine Wirtschaftsweise mit Subventionen belohnt werden. Dies ist derzeit der Fall und sicherlich reformbedürftig, wenn der Steuerzahler für solche Zahlungen sensibilisiert werden soll. Ein Mindestmaß an Umweltleistung sollte hier schon gefordert werden.

Das Thema Obergrenzen für die Direktzahlungen wurde schon des Öfteren diskutiert, scheiterte aber immer wieder. Auch jetzt ist die Aufregung des Bauernverbandes und Brandenburger Agrarministeriums wieder groß. Der Bauernverband als Totengräber der bäuerlichen Landwirtschaft wird nicht müde, diese "himmelschreiende Ungerechtigkeit" zu bekämpfen. Seit der Wiedervereinigung kämpften die ostdeutschen Landesregierungen als Steigbügelhalter des Bauernverbandes

für den Erhalt der LPG-Nachfolgebetriebe und schreckten dabei vor keiner Ungerechtigkeit zurück. Die Liste dafür ist lang, vom Betrug an den Mitgliedern der ehemaligen LPG (Studie Beyer / Uni Jena), der Bevorzugung bei der BVVG- Flächenvergabe bis zur Altschuldenproblematik. Dass dabei bäuerliche Familienbetriebe massiv benachteiligt wurden, interessierte nur am Rande.

Trotz dieser Überförderung stehen ihre ach so wettbewerbsfähigen Betriebe vielerorts vor dem Ende. Sie suchen ihr Heil nun in der Zusammenarbeit mit außerlandwirtschaftlichen Investoren, und so nimmt der Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft seinen Lauf. Die Brasilianisierung schreitet voran, so dass ein Szenario leergefegter ländlicher Räume, in denen ab und zu noch mal eine landwirtschaftliche Maschine dröhnt, nicht mehr fern zu sein scheint.

Brandenburgs Agrarminister Vogelsänger sieht die Zukunft in Zusammenschlüssen von Betrieben und ist deshalb gegen Obergrenzen. Dementsprechend scheint er Gefallen daran zu finden, wenn eine Aktiengesellschaft einen LPG-Nachfolger nach dem anderen schluckt, um dann von einer Firmenzentrale aus zehntausende von Hektar zu bewirtschaften. Ich kann nur hoffen, dass seine Vorstellungen einer nachhaltigen und auf viele Schultern verteilten Brandenburger Landwirtschaft anders aussehen.

Um ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit und minimalem Wohlstand auf breiter Basis in den ländlichen Räumen zu gewährleisten, ist ein Umdenken in der Agrarpolitik unerlässlich. Dass dabei die Befindlichkeiten unserer osteuropäischen Nachbarn beachtet werden müssen, sollte im übrigen jedem klar sein. Mit purer Besitzstandswahrung werden sicher keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden werden.

Kolkwitz ist überall

Interview mit unserem Vorstandsmitglied Christoph Schilka in der Lausitzer Rundschau vom 5. Februar 2011



Christoph Schilka bewirtschaftet einen Ackerbau-Mutterkuh-Betrieb in Guhrow (Spree-Neiße). LR-Redakteurin Andrea Hilscher sprach mit ihm über Agrarstrukturen und den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft am Beispiel der Agrar GmbH Kolkwitz. Foto: Helbig

LR: Geplant ist der Einstieg eines Investors – Sie kritisieren das?

Ich habe an der betriebswirtschaftlichen Entscheidung eines Landwirts nichts zu kritisieren. Ich stelle nur fest, dass in Kolkwitz und vielen anderen Orten des Landes der Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft stattfindet, und das ist tödlich für den ländlichen Raum.

LR: Warum?

Weil die Wertschöpfung, die mit der Landwirtschaft, mühsam genug, erwirtschaftet wird, nicht in den Dörfern bleibt. Im Fall Kolkwitz ist es wohl ein Investor aus Holland, der künftig die Gewinne einstreicht. Das sei ihm gegönnt, wie gesagt – ich kritisiere nicht das Handeln einzelner Beteiligter, sondern das System. Der Ausverkauf unserer Landwirtschaft ist politisch gewollt und wird uns von der Landesregierung als Erfolgsgeschichte verkauft.

LR: Sie meinen das Bekenntnis zu den großen Strukturen ...

Die Großbetriebe erhielten von Anfang an Unterstützung durch die Politik. Nach der Wende wurden aus den ehemaligen LPGen neue Rechtsformen mit in der Regel nur noch wenigen Teilhabern. Ich denke an das leidige Thema Vermögensauseinandersetzung. In Kolkwitz haben zwei ausscheidende LPG-Mitglieder, die Familien Wehlan und Düpsch, gegen die zu niedrigen Abfindungen geklagt und in letzter Instanz, vor dem Bundesgerichtshof, Recht bekommen. Die meisten Betroffenen aber haben diese Ungerechtigkeiten stillschweigend geduldet. Außerdem wurden den LPG-Nachfolgern vom Staat ihre früheren Schulden erlassen und sie bekamen bevorzugt die Treuhandflächen.

LR: Damit konnten sich doch moderne Betriebe stabilisieren?

Wenn der Betrieb in Kolkwitz heute, nach zwanzig Jahren, einen Investor von außerhalb braucht, macht das auf mich keinen besonders stabilen Eindruck. Bäuerliche Familienbetriebe hatten es viel schwerer, wurden durch die Politik regelrecht ausgebremst. Trotzdem sind sie heute da, erwirtschaften höhere Gewinne und beschäftigen mehr Arbeitskräfte pro Hektar. Die LPG-Nachfolger sind zu groß, zu schwerfällig. Das haben inzwischen auch die brandenburgischen Christdemokraten erkannt und sich für eine veränderte Agrarpolitik ausgesprochen.

LR: Ist es nicht gut, dass wenigstens die Arbeitsplätze erhalten bleiben?

Die Arbeitsplätze bleiben so oder so, denn sie ergeben sich aus den zu bewirtschaftenden Flächen und Tierbeständen. Es ist auch jetzt schon in den Betrieben kein Mitarbeiter zuviel beschäftigt und es wird auch in Zukunft kein Hektar brach liegen, der sich zu bewirtschaften lohnt.

LR: Der neue Investor will den Kolkwitzer Verpächtern Angebote für Kauf und Pacht ihrer Flächen machen. Was würden Sie raten?

Land sollte man nur verkaufen, wenn man wirklich in Not ist. Es stellt eine Sicherheit dar und wird in Zukunft eher an Wert gewinnen. Auch sollte man nicht für einen so langen Zeitraum wie achtzehn Jahre verpachten. Zehn Jahre sind aus meiner Sicht das Maximum, was man noch als fair für beide Seiten bezeichnen kann. Auf jeden Fall sollte eine Rückgabeklausel im Pachtvertrag enthalten sein, falls man sich entschließt, die Flächen einmal selbst zu nutzen. Anderenfalls verbaut man sich bzw. seinen Kindern oder Enkeln diese Möglichkeit.

LR: Aber die Preise für Pachten sind gestiegen ...

Richtig, davon können die Verpächter profitieren. Preise entstehen am Markt. Deshalb macht es immer Sinn, sich ein zweites Angebot einholen. Außerdem sollte man mit den Landwirten sprechen, die als Pächter in Frage kommen, sich die Betriebe anschauen. Pacht ist immer auch Vertrauenssache.

*Das Beispiel Kolkwitz ist typisch für Brandenburg: Erst gehörte die Landwirtschaft **vielen**, nämlich den selbständigen Bauern im Dorf. Nach der Zwangskollektivierung gehörte ihnen – zumindest formal – noch ihr Anteil an der LPG. Nach der Wende war die LPG angeblich nichts mehr wert, ausscheidende Mitglieder wurden mit geringsten Summen abgefunden, und plötzlich gehörte die Landwirtschaft nur noch **wenigen**, oftmals den Leitungskadern der LPG. Diese haben entweder nicht besonders gut gewirtschaftet oder sind in die Jahre gekommen – jedenfalls lassen sie sich jetzt ihren Ausstieg vergolden ... und plötzlich gehört die Landwirtschaft im Dorf den **anderen** – im Falle von Kolkwitz einem holländischen Investor, der bereits mehrere Großbetriebe im Brandenburg von Holland aus verwaltet.*

Bauernbund Brandenburg kritisiert SPD- und Linksfraktion: BVVG-Antrag ist Klientelpolitik für Großbetriebe und Investoren Pressemitteilung vom 18. Januar 2011

Als "Mogelpackung" hat der Bauernbund Brandenburg den für die morgige Landtagssitzung vorgesehenen Antrag von SPD- und Linksfraktion bezeichnet, mit der die Landesregierung aufgefordert wird, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Grenzen für den Direkterwerb von BVVG-Flächen durch deren Pächter erhöht werden. "Flächen für ortsansässige Landwirte sichern, so ist der Antrag überschrieben. In Wirklichkeit würden durch die Erhöhung nur einigen wenigen großen Unternehmen die Flächen gesichert, die zwar ortsansässig sind – das sind Agrarbetriebe immer – die aber oftmals schon Investoren von außerhalb gehören", kritisierte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn. SPD- und Linksfraktion gehe es offensichtlich darum, der ohnehin privilegierten Schicht derjenigen, die vor 1993 Treuhandflächen gepachtet haben und sie jetzt ohne Ausschreibung erwerben können, weitere Privilegien zuzuschancen, mutmaßt der 48jährige Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz.

Um tatsächlich ortsansässigen Landwirten die Flächen zu sichern, müssten Direktverkauf und Ausschreibung auf eine neue Grundlage gestellt werden, so Jennerjahn weiter: "Wir fordern seit langem, nicht mehr an Betriebe zu verkaufen, sondern nur noch an natürliche Personen, die ortsansässig sind und den Beruf des Landwirts ausüben." So hätten alle ortsansässigen Landwirte gleiche Chancen, aus Familienbetrieben ebenso wie aus Agrargenossenschaften. Durch eine Grenze von 100 Hektar pro Person und Ausschreibungen mit maximal 10 Hektar könnte eine breite Streuung des Eigentums erreicht werden.

Jennerjahn: "Das wollen SPD- und Linksfraktion aber nicht. Sie machen Klientelpolitik für Großbetriebe und Investoren und eine Umverteilung von Eigentum von unten nach oben zulasten des ländlichen Raums".

Fairness für Bodenreform-Opfer: Bauernbund Brandenburg begrüßt 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz Pressemitteilung vom 11. Februar 2011

Als "Akt der Fairness gegenüber den Bodenreform-Opfern" hat der Bauernbund Brandenburg das mit heutigem Bundesratsbeschluss inkraft getretene 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz bezeichnet. "Damit werden die Folgen einer vorsätzlichen Verschleppung der Alteigentümer-Ansprüche durch die Bürokratie der neuen Bundesländer zumindest abgemildert", so Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung.

Im Kern geht es bei dem Gesetz darum, dass Erben der durch die Bodenreform 1945 enteigneten Bauern die ihnen nach Entschädigungs-Ausgleichsgesetz von 1995 zustehenden Agrarflächen von der bundeseigenen BVVG zu den Preisen von 2004 erwerben können und nicht von der seitdem eingetretenen Preissteigerung für Boden betroffen sind. Der überwiegende Teil der dafür erforderlichen Ausgleichsleistungsbescheide sei bereits vor fünfzehn Jahren beantragt und bis heute nicht bearbeitet worden, kritisiert Jung: "Ganz offensichtlich sind Personalausstattung und Arbeitsweise der Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen darauf ausgerichtet, den Bodenreform-Opfern die Flächen vorzuenthalten. Das dürfte jetzt schwieriger werden."

Die Kritik der Linken, mit dem Gesetz würde einer Bodenspekulation Vorschub geleistet, wies Jung als absurd zurück. Die Linke würde "die Flächen eher Industriellen und Investoren gönnen als denjenigen, deren Ansprüche an die Verbrechen des Kommunismus erinnern."

Bauernbund Brandenburg: CCS-Enteignungen sind unzulässig **Pressemitteilung vom 18. Februar 2011**

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat die Bundesregierung vor der Verabschiedung eines CCS-Gesetzes gewarnt. „Der vorliegende Entwurf des Bundesumweltministers zielt darauf ab, dass Brandenburg wegen seiner roten Landesregierung und seiner geringen Bevölkerungsdichte als große Mülldeponie besonders geeignet wäre“, sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham.

Dies sei eine grobe Beleidigung aller ehrlichen Brandenburger, so der 57jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Hunderte Landwirte, die an den für CCS erforderlichen Leitungstrecken und Pumpstationen die Flächen bewirtschaften, würden sich nicht so einfach von Herrn Christoffers enteignen lassen.

Wercham: „Nach dem Grundgesetz sind Enteignungen nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Dies ist aber grundsätzlich nicht der Fall, wenn die Enteignung zugunsten eines Wirtschaftsunternehmens erfolgt, das sich damit eine unter mehreren Möglichkeiten besonders gewinnbringende Option sichern möchte.“

Bauernbund Brandenburg fordert Tierkörperverwertung statt kostspieliger Tierkörperbeseitigung **Pressemitteilung vom 2. März 2011**

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat den geplanten Rückzug des Landes aus der Finanzierung der Tierkörperbeseitigung erneut scharf kritisiert. Anlässlich der heute im Landtag stattfindenden Anhörung erklärte Bauernbund-Vorstandsmitglied Jens Gerloff, es sei absurd, wenn dieselbe Landesregierung, die in Sonntagsreden von der Bedeutung der Tierproduktion für Arbeit und Wertschöpfung im ländlichen Raum spricht, nicht einmal zwei Millionen Euro übrig hat, um von Todesfällen in ihrem Bestand betroffene Tierhalter zu unterstützen.

“Statt gedankenlos den Rotstift anzusetzen, sollte die Landesregierung eine Kostensenkung anstreben, indem sie sich bei Bund und EU dafür einsetzt, dass aus der Tierkörperbeseitigung wieder eine Tierkörperverwertung wird“, argumentiert der Landwirt aus Teetz in der Prignitz. Das aus Tierkörpern und Schlachtabfällen gewonnene Tiermehl werde heute als Sondermüll verbrannt, obwohl es eigentlich ein wertvolles Eiweißfuttermittel für Schweine und Geflügel sei. “Seit der BSE-Hysterie ist diese Verwertung nicht mehr möglich, statt dessen wird Soja aus den Rodungen des brasilianischen Regenwaldes importiert“, beklagt Gerloff die ökologischen Folgen. Da die BSE-Tests erwiesen haben, dass die seltene Rinderkrankheit nicht auf dem Nahrungsweg übertragen wird, fordert der Bauernbund bereits seit längerem eine Abschaffung des Verfütterungsverbots.